

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Eisblatt und Anzeiger).

Verlagsstelle
Tageblatt Rieser
Gemein Nr. 22
Verlag Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,
des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weihen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsdruckerei
Dresden 1502
Grafenstr.
Rieser Nr. 22

Nr. 269.

Dienstag, 19. November 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Untertrens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Druckzeile 6 Silben 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Besondere Rabatte erteilt, wenn der Betrag vorfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Wagler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anstalten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Lehren der Wahl.

So groß wie für Reichstagswahlen ist das Interesse für Gemeindevahlen immer noch nicht. Trotzdem die Wahlbeteiligung diesmal bei den Gemeindevahlen in Preußen, Sachsen und Hessen wesentlich stärker war als 1928, sind die Ziffern von 1928 bei weitem nicht erreicht worden. Diese Reichstagswahlen hatten allerdings über die große außenpolitische Schicksalsfrage Deutschlands zu entscheiden und ein Urteil über das Experiment mit einer internationalen Reichsregierung abzugeben. Trotzdem hätte man denken sollen, daß sich die Wählerkraft auch durch die Gemeindevahlen mobil machen ließe, denn hier geht es ja um Fragen, die den einzelnen noch viel mehr in seinem alltäglichen Leben und in seinen elementarsten Bedürfnissen berühren, als die Grundfrage der hohen Politik mit dem Gas- und Wasserpreis hat die Hausfrau tagtäglich zu rechnen, und die Wohnungsfrage brennt Tausenden auf den Fingernägeln, die angebliche Verschwendungssucht der Kommunalverwaltungen ist schon fast sprichwörtlich geworden, und über Ständele aller Art hat man in Berlin wie in Breslau, in Kiel wie in Frankfurt zu schimpfen. Trotzdem sind auch bei den diesjährigen Gemeindevahlen wieder Millionen zu Hause geblieben. Eine ganze Million allein in Berlin, und dabei hatte doch hier der Skandal-Stand ein Kuffehen erregt, daß sogar weit über die Reichsgrenzen hinausging, so daß man mit Sicherheit glauben darf, daß man sich von einer parteipolitischen Stimmenerhebung noch keine Verwendung der Berliner Kommunalpolitik versprochen. Freilich ist das sicher gedacht, aber psychologisch verständlich ist es immerhin auch. Ein Viertel der Berliner Wählerkraft ist in den Kommunalen keine Stimme gegeben. Dazu kommt das überraschende Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen. Außerhalb Berlins haben die Kommunisten weniger glänzende Geschäfte gemacht, vielfach sogar verloren. Dafür wenden sich Hunderttausende mit ihren Hoffnungen dem neu aufstehenden nationalsozialistischen Stern zu.

Das Deutsche Reich kann einem Leib tun. Wäre jetzt auch der Reichstag neu zu wählen, so würde in ihm die Stellung der Mittelparteien noch schwächer sein als bisher, die Extremen links und rechts könnten noch erfolgreicher sabotieren, und eine vernünftige Politik wäre schwerer denn je durchzusetzen. Und die Mittelparteien, zu denen man im Zeichen der großen Koalition auch die Sozialdemokratie rechnen müßte, können einem auch Leib tun. Nicht bloß, weil sie die Kosten der extremistischen Erfolge zu tragen haben, sondern auch weil ihnen die Freude an der politischen Arbeit, soweit sie überhaupt in der letzten Zeit noch vorhanden sein konnte, sicherlich bis auf den Grund verdorben wird. Man muß andererseits sagen, daß sie an ihrem Schicksal nicht ganz unschuldig sind. Einmal haben sie sich zuviel untereinander gesamt und auf diese Weise Kränkungen erzeugt, die ihrer politischen Leistungsfähigkeit natürlich abträglich sein mußten. Es ist gewiß nicht leicht, die Kulturpolitik des Zentrums mit derjenigen der Volkspartei in Einklang zu bringen, und womöglich noch weniger leicht, einen Ausgleich zwischen der Sozialpolitik der Volkspartei und der der Sozialdemokratie zu finden. Aber da es nun schon einmal in Deutschland nicht anders geht, so hätte man sich innerlich bei der Wende des Regierungskabinetts beim der Stadtverwaltungen über die Möglichkeiten des Zusammenkommens einigen müssen, statt immer wieder dem Koalitionspartner Knüttel zwischen die Beine zu werfen und mit den Extremen außerhalb der Koalition zu liebäugeln. Dadurch hat man die letzteren natürlich erst recht stark gemacht. Es wird dringend nötig sein, für die Zukunft entsprechende Lehren auch aus dieser Wählerfahrung zu ziehen. Für Berlin besonders aber muß man die bürgerlichen Parteien darauf aufmerksam machen, daß sie alle miteinander zur völligen Einflußlosigkeit in dem Augenblick verurteilt sein würden, wo sich die Sozialisten mit den Kommunisten verständigen könnten. Dieser Gedanke gehört heute noch in das Reich des Unmöglichen, kann aber bei weiterer Anwachsen der kommunistischen Partei auch einmal sehr ernsthafte Gestalt gewinnen. Was werden dann die jetzt so scharf betonten Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien noch zu bedeuten haben?

2000 deutsche Bauern in Moskau verhaftet.

Berlin. Nach einer Meldung des "B. Z." aus Moskau sind im Laufe der letzten zwei Tage über 2000 der in Moskau lagernden deutschstämmigen Bauern verhaftet worden. Es wurde von ihnen verlangt, daß sie eine Erklärung unterschreiben, in der sie sich zur freiwilligen Rückkehr nach ihren Heimatorten verpflichten sollten. Am die Unterschriften zu erhalten, wurden die Bauern mit Deportation bedroht. Ein Teil von ihnen hat die verlangte Unterzeichnung geleistet. Die Abtransporte haben bereits begonnen.

Deutschland wünscht Einberufung der Haager Konferenz nach Brüssel.

Paris. (Telunt.) Das französische Außenministerium gibt bekannt, daß bisher ein bestimmtes Datum für die Haager Konferenz nicht festgelegt wurde. Man erwartet noch die Antwort Japans, bevor eine Entscheidung getroffen werden kann.

Zu diesem amtlichen Bericht der französischen Regierung bemerkt der Pariser Vertreter der Telegraphen-Union: Von deutscher Seite ist bei den an der Haager Konferenz beteiligten Mächten plötzlich die Anregung gemacht worden, die Haager Konferenz für die erste Hälfte des Dezember nach Brüssel einzuberufen und den Juristen auszuweichen, der die Arbeiten der Konferenz vorbereiten soll, einige Tage vorher zusammenzutreten zu lassen.

Der französischen Regierung ist ein so früher Termin für die Haager Konferenz nicht genehm. Sie hat inoffiziell ihre ablehnende Haltung für den Zusammentritt der Konferenz Anfang Dezember mit dem Hinweis darauf begründet, daß im Dezember die Haushaltsberatungen der Kammer stattfinden und daß der Haushaltsplan zum 1. Januar verabschiedet werden soll. Durch die Abwesenheit des französischen Finanzministers Cucher, der Mitglied der französischen Abordnung für den Haag ist, würde der Erfolg der Haushaltsberatungen sehr ernstlich gefährdet werden. Andererseits seien die Arbeiten der vorbereitenden Ausschüsse, insbesondere des Ausschusses für die Reparationen, keineswegs beendet. Den Vorwand des Volksabstimmens, den die französische Presse als Hauptbegründungsgrund für die Zusammenberufung der Haager Konferenz vor dem Januar 1930 angibt, hat sich die französische Regierung nicht zu eigen gemacht. Man mag über diesen französischen Standpunkt denken wie man will, man wird ihm unter allen Umständen entgegenhalten müssen, daß die Haushaltsberatungen eine innerfranzösische Angelegenheit sind, die den frühzeitigen Zusammentritt der Haager Konferenz nicht beeinflussen dürfen, daß andererseits die Frage der Reparationen nicht zu dem Fragenkomplex der Haager Konferenz gehöre. Die Furcht Frankreichs, daß die kleine Entente Schwierigkeiten machen könne, wenn die Frage der Reparationen nicht bereinigt ist, erscheint wenig richtig.

In diesem Zusammenhang sei besonders darauf hingewiesen, daß in den Besprechungen zwischen dem deutschen Vertreter einerseits und den führenden Staatsmännern Lardet und Briand andererseits auch ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß die deutsche Regierung das Volk begehren als eine innerdeutsche Angelegenheit betrachte, in keiner Weise aber die Absicht habe, der souveränen Entscheidung des deutschen Volkes vorzugreifen.

Der Beginn der Saarverhandlungen und der zweiten Haager Konferenz.

Paris. Die französische Regierung hat nunmehr offiziell bei der deutschen Regierung angefragt, ob es ihr genehm sei, daß die deutsch-französische Saar-Kommission ihre Arbeiten am 21. Dez. beginne. Im bejahenden Falle schlage sie vor, die Eröffnungssitzung am kommenden Donnerstag um 11 Uhr vormittags im Gebäude des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten stattfinden zu lassen. Eine offizielle Denunziation, daß die französische Regierung den beteiligten Regierungen vorschläge, die zweite Haager Konferenz am 8. Januar zu beginnen, ist bis jetzt nicht erfolgt. Die Agentur Radio glaubt sogar zu

Der Termin des Volksentscheids.

Berlin. Eine Reihe von Einzelhandelsverbänden hat bei dem Reichsminister des Innern Einwendungen gegen den am 22. Dezember festgelegten Termin für den Volksentscheid vorgebracht, da von ihnen erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten befürchtet werden. Diesen Einwendungen gegenüber muß der Reichsminister des Innern nun wiederholten Male darauf verweisen, daß der Termin für den Volksentscheid einerseits durch außenpolitische, zum anderen durch technische Gründe zwangsläufig bestimmt ist.

Weiterhin haben auch gewerkschaftliche Angelegenheitsverbände sich mit Eingaben an den Reichsminister des Innern gewandt, die sich mit dem Termin des Volksentscheids beschäftigen. Diese Verbände teilen die wirtschaftlichen Befürchtungen, die die Organisationen des Einzelhandels ausgesprochen haben, keineswegs, sondern halten sie wie z. B. der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband für "durchaus abwegig". Indessen wird nun Ausdrück gemacht, daß der Hinweis des Ministers auf die Möglichkeit eines weiteren für den Verkauf freien Sonntag unliebsame Folgen für die Angestelltenchaft haben könnte. Dazu bemerkt der Reichsminister des Innern, daß sein Hinweis auf die genannte Möglichkeit lediglich aus Unklarheitsgründen notwendig gemacht war, daß er aber keine Maßnahmen befürworte habe, die die berechtigten sozialen Wünsche der Angestelltenchaft irgendwie beeinträchtigen.

wissen, daß die offizielle Mitteilung, wonach die französische Regierung als Zeitpunkt des Zusammentritts der Konferenz den 8. Januar vorgeschlagen habe, nicht den Tatsachen entspricht.

Die Einladungen zur Flottenkonferenz ergangen.

London. Die englische Regierung hat nunmehr die amtlichen Einladungen an die französische, italienische und japanische Regierung für die Fünfmächte-Flottenkonferenz ergangen lassen, und zwar in Uebereinstimmung mit der amerikanischen Regierung wird darin der 21. Januar als Eröffnungstag vorgeschlagen. Diesem Datum haben bereits die Vereinigten Staaten, Frankreich und Italien zugestimmt. Man erwartet, daß auch Japan sich hiermit einverstanden erklärt. Die englische Regierung verteidigt die Auffassung, daß die notwendigen Ausschüsse, deren Einsetzung sich auf der Konferenz als zweckmäßig erweisen wird, sofort gebildet werden, damit die Arbeit der Konferenz möglichst noch vor Ostern beendet werden kann. Die Regierungen Frankreichs, Italiens und Japans sind weiterhin gebeten worden, zuzustimmen, daß als Abgeordnete für die Konferenz keine Angehörigen der Flottenhäfen ernannt werden, sondern daß dem Beispiel der vorläufigen englisch-amerikanischen Besprechungen folgend die Abgeordneten durchweg Zivilpersonen sind.

„Deutsche zweite Klasse?“

Strasburg. (Telunt.) Vor einigen Monaten hatten sich die französischen Konsulate in Deutschland geweigert, den im Reich lebenden Alt-Elässern und Alt-Lothringern die Reise in die Heimat zu gestatten. Diese Maßnahme richtete sich gegen diejenigen Elsass-Lothringer und ihre Angehörigen, die durch den Versailler Vertrag Franzosen geworden sind, aber in Deutschland verblieben oder nach dem Waffenstillstand dorthin ausgewandert und eine reichsdeutsche Angehörigkeit erworben. Da sich die Konsulate auf neue Anweisungen aus Paris beriefen, hatte der autonome Abgeordnete Dähler mündlich und schriftlich bei Briand Einspruch gegen diese Methoden erhoben und den genauen Wortlaut der Anweisungen eingefordert. Erst jetzt erhielt er in der üblichen Form einer gedruckten Antwort im französischen Amtsblatt Aufschluß über diese Anweisungen, die mit der Briand'schen Verhandlungspolitik schlechterdings unvereinbar sind. Man erklärt, daß zunächst verfügt wurde, nur denjenigen Elsass-Lothringern die Einreise zu gestatten, die für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit „sehr ernste Gründe“ familiärer oder wirtschaftlicher Art vorbringen könnten. Man habe aber jetzt neue Anweisungen gegeben, wonach die Einreisebewilligung nur dann verweigert werden solle, wenn die Betroffenen „eine deutlich ungünstige Haltung gegenüber Frankreich“ gezeigt haben.

Die elass-lothringische Öffentlichkeit wird sich mit dieser Erklärung nicht zufriedengeben, da sie als ungerecht und überaus unzeitgemäß empfunden wird. Auch Deutschland hat allen Anlaß, auf Klarstellung dieser höchst merkwürdigen Zurückhaltung einer ganzen Gruppe seiner Staatsangehörigen zu dringen, die hier zu Deutschen mindestens Rechte gekämpft werden. Frankreich scheint auch nicht zu erkennen, daß durch solche Gesinnungslosigkeit ein eigenartliches Licht auf die „Verleugung“ Elsass-Lothringern fällt.

Ein Rundschreiben des Reichsministers des Innern an die Landesregierungen.

Berlin. (Funkspruch.) Der Reichsminister des Innern hat an die Landesregierungen folgendes Rundschreiben gerichtet:

„Verschiedene gewerkschaftliche Angestelltenverbände wie der Gewerkschaftsbund der Angestellten, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der Zentralverband der Angestellten haben sich an mich gewandt und sich dahin ausgesprochen, daß keine Rücksicht auf die bisher übliche Sonntagsarbeit vor Weihnachten aus Anlaß des für den 22. Dez. in Aussicht genommenen Volksentscheid angefallen wird. Hieron befreie ich mich den Landesregierungen ebenfalls Mitteilung zu machen und gebe anheim, den Wunsch bei Ihren Entscheidungen zu berücksichtigen.“

N. 101 nach Gorington zurückgeführt.

London. Das Luftschiff N. 101 ist nach 20-tägiger Fluge über England, Schottland und Irland wohlbehalten nach Gorington zurückgeführt. Es war der längste Flug, den das Luftschiff bisher unternommen hat.